

PROTOKOLL



Zu der auf **Freitag**, den **09.11.2018**, um 19:30 Uhr, im großen Saal des Bürgerhauses anberaumten **Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung** waren erschienen:

VON DER STADTVERORDNETEN-VERSAMMLUNG:

CDU-Fraktion

Ergler, Volker
Frank, Elvira
Gutperle, Jürgen
Haas, Sigrid
Kempf, Bastian
Kruhmann, Torben
Renner, Engelbert
Ringhof, Martin
Scheidel, Jörg
Schübeler, Norbert
Weiße, Tobias
Werle, Richard
Winkler, Christoph

Stv.-Vorsteher

SPD-Fraktion

Atris, Hussein
Forg, Klaudia
Häfele, Andreas
Hanf, Alicia
Hofmann, Klaus
Mayer-Kotlenga, Nina
Quarz, Klaus
Rihm, Dieter
Dr. Ritterbusch, Jörn
Schäfer, Daniel
Wohlfart, Maximilian

UBV-Fraktion

Benz, Walter
Bleiholder, Rolf
Bleiholder, Urte
Migenda-Wunderle, Rosemarie
Nordmann, Rolf
Sponagel, Irina
Dr. Stülpner, Henrik
Wunderle, Bernhard

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Helbig, Marcella
Winkenbach, Manfred
Zöller-Helbig, Helga

Fraktion DIE LINKE

Altinalan, Tugce Sebnem

FDP-Fraktion

Kammer, Bernhard
Jünemann, Ralf

WGV-Fraktion

Kempf, Beate
Kempf, Ralf

Entschuldigt fehlten Ruth Büchler, Hannah Käser, Peter Neuß, Wolfgang Klee sowie Albert Weißenberger.

VOM MAGISTRAT:

Bürgermeister Matthias Baaß
 Erster Stadtrat Jens Bolze
 Ehrenstadtrat Gerd Brinkmann
 Stadträtin Jenny Dieter
 Stadträtin Hedwig Fraas
 Stadtrat Dieter Gross
 Stadtrat Thomas Klaunder
 Stadtrat Helmut Kirchner
 Stadtrat Randoald Reinhardt
 Ehrenstadtrat Heinz Rohrbacher
 Stadtrat Hayrettin Vanli
 Stadtrat Klaus Ziegler

Entschuldigt fehlte Stadtrat Günter Wolk.

ALS SCHRIFTFÜHRUNG:

Haas, Philipp Hauptamt - **Protokoll** -

VON DER VERWALTUNG:

Fleischer, Michael	Hauptamt	
Rohrbacher, Stefanie	Kämmereiamt	(bis 20:40 Uhr, TOP 3)
Hätscher, Marc	Kämmereiamt	(bis 20:40 Uhr, TOP 3)

VOM AUSLÄNDERBEIRAT:

Erdogan, Nurcan Vertreterin des Ausländerbeirats

VON DER PRESSE:

Südhessen-Morgen
 Viernheimer Tageblatt

ZUHÖRER:

ca. 25

Φ Φ Φ Φ

Stv.-Vorsteher Norbert Schübeler eröffnete um 19:30 Uhr die Sitzung, begrüßte alle Anwesenden und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Plenums fest.

Gegen das Protokoll der Sitzung vom 19.10.2018 (Nr. 24/2018) gab es keine Einwände.

Er verwies darauf, dass nach der Beratung im Haupt- und Finanzausschuss vom 08.11.2018 der bisherige TOP 4 „Feuerwehrgerätehaus der Stadt Viernheim; Schaffung von Räumen für die Jugendfeuerwehr“ von der Tagesordnung genommen werden soll. Es gab keine Einwände.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab 1. Stadtrat Bolze eine persönliche Erklärung ab:

„Vielen Dank für die Ermöglichung eines persönlichen Statements.

Nach reiflicher Überlegung gebe ich heute eine Entscheidung bekannt, welche mir angesichts meines Verantwortungsbewusstseins und der Wertschätzung aus der Bevölkerung wie auch vieler Wegbegleiter nicht leicht gefallen ist – jedoch auf Basis höchstpersönlicher Hintergründe, aber auch besonders unter dem Eindruck vor allem politisch gemachter Erfahrungen am Ende doch sehr konsequent ist. Ich gebe hiermit bekannt, dass ich

nicht beabsichtige, mich für eine weitere zweite Amtszeit als Erster Stadtrat zu bewerben.

Was hat mich zu dieser Entscheidung bewogen? Neben persönlichen Gründen, zu denen ich weder heute noch sonst irgendwann etwas sagen werde, sind es besonders gravierende politische Gegebenheiten und Erfahrungen, die mich auch aus Sorge um das Gemeinwohl und das Wohl der Stadt zu dieser Entscheidung haben kommen lassen. Mit der Frage „Weitermachen oder nicht?“ beschäftige ich mich schon eine ganze Weile. Und wenn es „nur“ um das überwiegend positive Feedback direkt aus der Bevölkerung ginge, wäre die Frage schnell beantwortet. Nach anfänglich wahrgenommener Zurückhaltung gegen „den Neuen“ habe ich über die Jahre hinweg viel Zuspruch und Anerkennung erfahren - gekoppelt mit dem vielfach geäußerten Wunsch an mich, weiterzumachen. Ich habe die Viernheimer und Viernheimerinnen kennen- und schätzen gelernt. Aber nicht die Bürger wählen den Ersten Stadtrat, sondern dieses Haus.

Und so möchte ich Sie gerne exemplarisch teilhaben lassen an meinen Erfahrungen mit diesem Haus und diesem Parlament:

2013 werfe ich meinen Hut in den Ring, überzeuge Bündnis 90 / Die Grünen und die SPD und erlange gleich im ersten Wahlgang eine komfortable Mehrheit. Liebe Freunde der Grünen, liebe Freunde der SPD - und mit ins Boot nehme ich heute auch die mir zunehmend zugeneigten Vertreter der LINKEN: Ich bedanke mich ausdrücklich für euer Vertrauen, eure Unterstützung und den gemeinsamen beschrittenen langjährigen Weg. Das gemeinsam Geschaffene, das Wissen um eure Unterstützung, die gelebte Zusammenkunft und der Zusammenhalt lassen mich mit Freude und Dankbarkeit auf unsere, natürlich auch peu à peu gewachsene, Beziehung und Freundschaft blicken.

Vom damaligen Wahlergebnis, das wissen wir alle, nicht begeistert war und ist natürlich die CDU. Natürlich haben Sie nichts gegen mich persönlich und selbstverständlich wollen wir auch alle gut zusammenarbeiten: Das waren die Worte. Jedoch wird nach Amtsantritt schnell klar, dass der Schmerz tief sitzt und es eine harte Nummer wird – wenn es denn überhaupt klappen wird. Es wird nicht klappen. Wie wohl ich an dieser Stelle doch die Zusammenarbeit mit allen Stadträtinnen und Stadträten im Magistrat ganz besonders herausnehmen und diese auch anerkennend erwähnen möchte, ja die CDU im Magistrat tickt anders als die CDU im Parlament. Was ich in all den Jahren bei Ihnen leider nie entdeckt habe, war Ihr Profil, für das Sie einstehen. Ihr Standing, Ihre politische Position, Ihre Interpretation von Gemeinwohl – alles unbekannte Größen und es hat sich für mich nie ein roter Faden Ihres Handelns herauskristallisiert mit Ausnahme der ganz offensichtlich einzigen Triebfeder: Die wohl als Schmach empfundene Wahl des neuen Ersten Stadtrats musste irgendwie ausgemerzt werden. Später wurde das Ziel sogar zum Wahlkampfthema.

Kaum einer, auch aus Zeiten Ihrer Verantwortung stammende Beschluss vor August 2013 – so die Erfahrung – sollte von Ihnen weiter uneingeschränkt mitgetragen werden. Das fing schon mit dem Kreisel in der Weinheimer Straße an und ging über die Fußgängerzone munter weiter. Selbst Beschlüsse, welche Sie in einem demokratischen Verfahren mitgetragen haben, waren unter der Ägide eines Nicht-CDU-Stadtrates plötzlich vor kritischen Anmerkungen, Veränderungen oder Streichungen Ihrerseits nie sicher. Solch ein – am Beispiel Schulstraße von mir liebevoll „Wendehalsverhalten“ genanntes Vorgehen habe ich Ihnen nicht nur einmal vorgeworfen. Eine besondere Form der Verweigerung, Verantwortung zu übernehmen, zeigten Sie bei der Rathausthematik. Und einen Hang zum „Schwimmen auf der Welle“ – und ich meine hier nicht die Welle des Gemeinwohles, sondern die Welle der Einzelinteressen – zeigten Sie bei Trauerflordiskussionen in der Rathausstraße. Das haben Sie regelrecht ausgelebt und das sind nur wenige Beispiele. Besonders schlimm empfinde ich dabei bis heute, dass dabei in Anbe-

tracht der vorhandenen Expertise in ihrer Fraktion auch Kollateralschäden, auch Schäden zur Lasten der Stadt selbst, in Kauf genommen werden. Und den für mich neusten Beleg für diese Aussage und den Nachweis dafür bietet eindrücklich auch Ihr politisches Agieren beim Bannholzgraben II. Wie wohl ich weiß, dass nicht alle Mitglieder der CDU-Fraktion alle Handlungsweisen oder Zielvorgaben der CDU-Vorderen mittragen.

Ja, ich rede immer noch von der Zeit zwischen 2013 und 2016: mit diesem Missbrauch, kontraproduktiven Verhalten, verbalen Entgleisungen bis zur Verballhornung meines Namens, Bärendienstdiskussionen bei der Scheck-In und Edeka-Hysterie und Populismus kam man logischerweise an Grenzen. Damals eine satte Mehrheit von SPD und Grünen und ein Stadtrat, der sich nicht einer Marionette gleich über verschiedene Strippen beeinflussen ließ.

Ich gehe drei Jahre weiter – wir schreiben das Jahr 2016. Eine neue Stadtverordneten-Versammlung formiert sich: sie wird bunter – bunt ist gut – neu im Geschäft muss auch nicht schlecht sein. Aber schon bald zeigt sich, dass eine Mehrheit aus CDU – ok, Sie bleiben immerhin Ihrem Credo treu – UBV, FDP und WGV entweder aus politstrategischen Gründen agiert – denn eines kann ich Ihnen nicht vorwerfen: naiv und unerfahren sind Sie nicht, Sie wissen schon, was Sie tun – mit Ziel auf Stimmenfang zu gehen oder Stimmviehfang (das kann sich jeder heraussuchen), aus persönlichen Interessenslagen heraus mit Augenwischerei operierend oder eher ahnungslos naiv nicht nur einmal Regeln des Anstandes, des politischen Miteinanders oder einfach der Fairness missachten. Nagelproben dazu habe ich einige gestartet. Und zweitens Zahlen, Daten und Fakten schlicht und ergreifend negieren. Straßenbreiten am Michael-Ende-Weg sind wie sie sind, das kann man nicht wegdiskutieren. Juristische Gegebenheiten, Regeln und Gesetze zu beugen und zu missachten sind Sie auch bereit – in den USA gab es dazu einen neuen Begriff: alternative Fakten.

Nun ja, systemimmanent besteht ein natürliches Spannungsfeld zwischen Politikern, Stadtverordneten, parteilich organisierten Menschen und den vereidigten Amtsträgern hier auf dieser Seite. Die Bürde des Amtes, so will ich es mal nennen - es gibt so Lästigkeiten wie einen Diensteid -, die Verantwortung für das Große und Ganze - besonders schön bei der Aufstellung des Haushaltsplans -, das Ausrichten der Handlungen für die Stadt am Gemeinwohlinteresse und auch das Bewahren der Stadt vor Schäden – all das war nicht immer gegeben, was aus dem politischen Backend an Vorstellungen formuliert wird. Dumm, wenn dann der hauptamtliche Dezernent nicht aus der eigenen Partei ist und man keine Strippen zu ziehen hat. Dann sind Knatsch und Ärger vorprogrammiert.

Was hab ich mit der neuen Stadtverordneten-Versammlung erlebt. Stadtverordnete – frisch gewählt, die noch vor der konstituierenden Sitzung durch das Rathaus rauschen, um direkt Einfluss zu nehmen auf Mitarbeiter der Verwaltung mit dem Ziel, einen Auftrag zurückzuholen, der erteilt worden ist. Wow!

Dem hauptamtlichen Dezernenten wird öffentlich eine Klage angedroht, weil dieser sich gesetzlich gebunden einer Detailauskunft aus einem Vergabeverfahren verweigert. Doppel-Wow!

Drittens: Mit dem Ziel, Steuergelder zu sparen, erarbeiten „Experten“ aus der Politik eine Brückenplanung, weil sie viel besser wissen und es viel billiger draufhaben als die Verwaltung. Und in der Tat: Die Planung kostet nur die Hälfte! Vergessen wurde leider auch die Hälfte. Und es wird in Folge weitere Vorschläge dieser Art geben.

Eine selbstkritische Betrachtung erfolgt nicht – und das „Feindbild“ einer unfähigen Verwaltung wird weiter gehegt und gepflegt und aufrechterhalten. Als besonders schlimm empfinde ich an diesen Gegebenheiten die wirklich den handelnden Personen der Politik / der Fraktionen innewohnende Grundhaltung. Der CDU muss ich sagen: chapeau! Sie erkennen Ihre Chance, das offen formulierte Ziel der Nichtwiederwahl zu erreichen und

buhlen mit eigenen Anträgen sowie der Unterstützung jedes noch so fragwürdigen Handelns um jede potentielle Stimme. Aber ich prognostiziere Ihnen, sobald Sie Ihre Funktion als Stimmvieh erfüllt haben, wird die Welt eine andere sein.

Die Qualität der politischen Auseinandersetzung in diesem Haus hat extrem nachgelassen. Ich bin sicher, dass es nicht im Sinne eines jeden Einzelnen ist – durch die Bank in jeder Fraktion. „Kindergarten“ höre ich immer öfter, wenn ich draußen mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiere. Und ich habe in der Tat keine Ahnung, wie diese neue Mehrheit in diesem Haus Gemeinwohl definiert. In Form eines Vorranges einer illegalen Parkplatznutzung auf dem Gehweg vor meinem Haus anstelle einer Versickerungsanlage: Ja ist das denn echt Ihr Ernst? Glauben Sie tatsächlich, dass die Mehrheit der 34.000 Einwohner da mental bei Ihnen ist? 59 % der Wahlberechtigten haben sich bei der Kommunalwahl 2016 verweigert. Vielleicht war es doch nicht so das spannende Thema. Die Mehrheit des Parlamentes, das ist die Wahrnehmung nicht nur meiner Person, sondern vieler anderer auch, überschreitet Grenzen der eigenen Zuständigkeit, mischt sich in Angelegenheiten der Exekutive ein und scheut auch nicht davor zurück, die Öffentlichkeit Glauben zu machen, eine allumfängliche Entscheidungsgewalt zu haben. Stichwort: Verkehr. Kommentierungen dazu, gerne auch in Leserbriefen, zeugen von einer zutiefst verankerten negativen Grundeinstellung und werden oftmals in etwas persönlicher Form in Richtung des Ersten Stadtrats abgesetzt. Lieber übereinander schreiben statt miteinander zu reden. Das ist ein ganz schlechter Kommunikationsstrang. Aber die Welt ist, wie sie ist, ich kann sie mir nicht zurechtbasteln, aber offensichtlich möchte sich eine Mehrheit dieses Hauses einen Stadtrat als Marionette zurechtbasteln. Dann klappt's auch sehr viel besser mit der Beeinflussung. Eine solche Marionette bin ich nicht, werde ich nicht sein, will ich nicht sein.

Ich komme zu meiner Schlussbetrachtung. Bei objektiver Betrachtung der politischen Gemengelage muss ich konstatieren: Erstens: Als amtierender Erster Stadtrat habe ich wegen der gelebten Mehrheitsverhältnisse in diesem Hause keinen Rückhalt. Das erschwert zweitens eine vertrauensvolle an der Sache ausgerichtete Zusammenarbeit, was drittens letztlich nicht zum Wohle der Stadt oder des Gemeinwohles ist. Beides wird durch Verzögerung, Verteuerung oder falscher Prioritätensetzung unangemessen belastet (Beispiele sind Bannholzgraben II und Nordweststadt II). Viertens herrscht unberechtigterweise ein hohes Misstrauen gegenüber der fachlich sehr kompetenten Verwaltung. Fünftens agiert die Mehrheit dieses Hauses populistisch, teilweise wider die Logik und manchmal nicht gerade stadtfreundlich. Die zunehmende Detailversessenheit der Legislative lähmt das Handeln der Exekutive, deshalb sehe ich sechstens eine latent bestehende Gefahr einer Zunahme politischen Verdrusses in der Bevölkerung. Schauen Sie sich die Wahlbeteiligung an, diskutieren Sie mit den Leuten zum Königsacker: Es versteht kein Mensch mehr. Wer sich mit den Anwohnern im Bannholzgraben II unterhalten hat: auch das versteht kein Mensch. Ich sehe ferner ein großes Schadenspotential für das Ansehen der Stadt und der Politik insgesamt: „Worüber streiten die denn jetzt schon wieder?“. Und ich befürchte eine zunehmende und billigende Inkaufnahme stadt- oder gemeinwohlschädigender Konsequenzen. Beispiele aus dem Bereich Finanzen, Rathaus, Nordweststadt II oder Bannholzgraben II habe ich genannt. All das muss man sich vorwerfen, dazu war eine Mehrheit dieses Hauses aus politstrategischen oder persönlichen Gründen mit dem Ziel der Nichtwiederwahl meiner Person als Erster Stadtrat bereit, eigene Wertmaßstäbe zur Seite zu legen und dafür anderes in Kauf zu nehmen.

Ich entziehe deshalb mit meiner Entscheidung, mich nicht mehr für eine weitere zweite Amtszeit als Erster Stadtrat zu bemühen, diesem wahnwitzigen politischen Verhalten den Nährboden, damit auch Sie von der CDU, UBV, FDP und WGV wieder anfangen können, aus rein sachlichen Erwägungen heraus das wie auch immer von Ihnen definierte Gemeinwohl und das Wohl der Stadt und der Bürgerinnen und Bürger in den Vorder-

grund Ihrer Entscheidungen zu rücken und die Entscheidungen nicht mehr mit Ihrem Verdruss an meiner Person verknüpfen. Ich nehme hier und heute den Druck vom Kessel und ich hoffe, und eigentlich fordere ich Sie alle auf, sich wieder auf Ihre eigentlichen Positionen zu begeben und im Dienst und Interesse der Bürgerinnen und Bürger tätig zu werden, Entscheidungen, Planungen und Prozesse sachlich anzugehen, anstelle sich vor den Karren Einzelner spannen zu lassen. Herausforderungen hat diese Stadt wahrlich genug. Verbannen Sie politischen Kleinkrieg und kindische Rechthaberei aus Ihrem Portfolio. Anfangen können Sie dabei vielleicht in der Dezember-Sitzung, in der die Debatte zum Haushaltsplan ansteht. Sie brauchen nicht mehr, wie in den vergangenen Jahren, ohne Ende Änderungs-, Ergänzungs- oder Kürzungsanträge vorlegen, um es dem Ersten Stadtrat zu erschweren. Denn täten Sie das, würden Sie damit einen Falschen treffen. Mich treffen Sie damit nicht.

Und zum Abschluss habe ich insgesamt die Hoffnung, dass alle, auch diejenigen, die ich besonders angesprochen habe, alle Überlegungen und Aktionen der nächsten Wochen und Monate rund um die Wahl des Ersten Stadtrates auf einer niveaувollen, respektvollen und sachorientierten Ebene abwickeln werden.

- - -

TAGESORDNUNG:

1. Investitionsprogramm 2018-2022
Haushaltsplan 2019
2. Erhöhung der Hundesteuer
3. Unbefristete Niederschlagung städtischer Forderungen
- (neu) 4. Anfrage der CDU-Fraktion:
Ausgabereiste Haushalt 2018
- (neu) 5. Antrag der CDU-Fraktion:
Beschlüsse umgehend umsetzen / Rückbaumaßnahmen am Königsacker, hier: Beschluss vom März 2018
- (neu) 6. Antrag der CDU-Fraktion:
Einsetzung des Haupt- und Finanzausschusses als Wahlvorbereitungsausschuss gemäß § 42 HGO
- (neu) 7. Verleihung von Ehrenbezeichnungen an Mandatsträger

1. Investitionsprogramm 2018-2022 **Haushaltsplan 2019**

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 11.10.2018

Bürgermeister Baaß brachte den Haushalt 2019 sowie das Investitionsprogramm 2018 - 2022 mit seiner Haushaltsrede in die Beratung ein:

„Sehr geehrte Damen und Herren, das Wichtigste beim Blick auf die Finanzlage der Stadt ist zunächst einmal der positive Abschluss des noch aktuellen Jahres 2018. Mein unbedingtes Ziel ist es im Jahresabschluss und nicht nur im Plan ein positives Ergebnis zu erzielen, damit dann dreimal hintereinander ein positiver Jahresabschluss die Garantie dafür bietet, im nächsten Jahr aus dem "Schutzschirm" entlassen zu werden.

Wie steht es um die Zielerreichung?

Das geplante positive Ergebnis wird sich zwar vermutlich verringern, aber mit 900.000 € Plus immer noch ausreichend sein, um das Ziel zu erreichen. Geringere

Gewerbesteuereinnahmen können durch geringere Aufwendungen beim Personal und an weiteren Stellen ausgeglichen werden.

Auf dieser Grundlage und mit der Bestätigung der Rechnungsprüfer können wir im Verlaufe des Jahres 2019 beim Land Hessen die Entlassung aus dem "Schutzschirm" beantragen. Konkret bedeutet dies, dass die finanzielle Kommunalaufsicht vom Regierungspräsidium wieder zum Landkreis zurückgeht, was für uns deutlich „kürzere Wege“ bedeutet.

Entlassung aus dem „Schutzschirm“ bedeutet nicht "alles wieder wie früher". Nein, das "früher" wird es nie mehr geben!

Denn für alle Städte und Gemeinden in Hessen, ganz gleich ob Frankfurt oder Oberzent, ganz gleich, ob früher mit oder ohne Schutzschirm, gilt ab 1. Januar 2019, dass vielerlei Regelungen deutlich verschärft worden sind, wir müssen diese einhalten, die Aufsicht -ganz gleich, ob beim Landkreis oder beim Regierungspräsidium angesiedelt- muss dies kontrollieren:

Ab 1. Januar müssen beide Teile des Haushaltes ausgeglichen sein, nicht mehr nur der Ergebnishaushalt.

Es gibt ein Überschuldungsverbot, die Verbindlichkeiten müssen geringer sein als die Summe aus Eigenkapital und Vermögen.

Es ist eine Liquiditätsreserve vorzuhalten. Zusätzlich ist eine Ergebnisrücklage aufzubauen.

Auf dieser ab 1. Januar wirksamen Basis haben wir den Haushaltsentwurf für 2019 aufgestellt, der Magistrat hat diesen mit Beschluss vom Dienstag dieser Woche an Sie weitergeleitet.

Was sind die Eckdaten?

Wir rechnen in 2019 mit Erträgen in Höhe von 78, 6 Mill. €, mit Aufwendungen in Höhe von 77, 4 Mill. €, so dass sich daraus ein Überschuss in Höhe von 1,2 Mill. € ergibt.

Gleichzeitig rechnen wir auch mit einem kleinen Finanzmittelüberschuss in Höhe von 69.000 €.

Mit einem Zuschussbedarf von geplant 9,1 Mill. € ist auch im Jahr 2019 der Bereich Kindertagesstätten das größte Einzelbudget. Das weiter im Umfang steigende Betreuungsangebot (sowohl zeitlich pro Tag als auch bezogen auf die gesamte Platzzahl) schlägt finanziell mit Mehrausgaben zu Buche. Der Zuschuss steigt absehbar von 8,1 Mill. € auf 9,1 Mill. €. Darin sind u.a. die Mehrausgaben für die neue Kita an der Walter-Gropius-Allee in Höhe von 466.000 € enthalten. Die neue Kita hat am 5. November ihren Betrieb aufgenommen.

Wir haben in Viernheim dann im neuen Jahr 1135 Kita-Plätze und 243 Krippenplätze.

Diese Anzahl ist aber noch nicht das „Ende der Fahnenstange“, wie bereits vor längerem angekündigt werden wir eine weitere Kindertagesstätte brauchen.

Auch im Bereich der Grundschulbetreuung steigen die Ausgaben, näheres können Sie den Erläuterungen im Haushaltsplan entnehmen. Die Anzahl der Plätze ist auch hier gestiegen:

521 Plätze in der Grundschulbetreuung + 115 Hortplätze.

Um es auf den Punkt zu bringen:

Von Montag bis Freitag sind in Viernheim täglich 2014 Kinder in einem Betreuungsangebot. Dass sich diese immense Zahl auch in Form von hohen Zuschüssen im Haushalt 2019 abbildet, ist sonnenklar.

Mit einer hohen Einzelausgabe vertreten ist im Plan wiederum die Feuerwehr. Um den Verpflichtungen der Stadt im Bereich Sicherheit weiterhin gerecht zu werden, ist der Ankauf einer neuen Drehleiter nötig: geplante Kosten 835.000 €.

Der Planungsausschuss Rathaus wird sich in seiner kommenden Sitzung mit dem aktuellen Stand der Planung zur Sanierung des Rathauses beschäftigen und eine Entscheidung zur Beauftragung von Fachingenieuren treffen können. Die für die weitere Planung erforderlichen Mittel in Höhe von 355.000 € sind im Haushaltsentwurf enthalten.

Ebenso weitere Ausgaben für die Bauleitplanung, die bereits sehr in die Zukunft weist oder nötige Grundlagen schafft: Für eine mögliche Bebauung Nordweststadt II 25.000 €, für die Erweiterung Bannholzgraben 15.000 €, für die Erneuerung des Flächennutzungsplanes 40.000 € und für die Überarbeitung des Gesamtbereiches westlich der Umgehungsstraße West (Sport- und Erholungsgebiete) 55.000 €.

Der Haushaltsplan enthält keine Veränderungen bei Grund- und Gewerbesteuer, auch nicht bei der Stadtentwässerung. Und für die Müllgebühren ist die Stadt erstmalig nicht mehr zuständig.

Wozu dient das alles? Wozu dient die Ausgabe von 77 Millionen € im Jahr 2019?

Es dient ganz banal dazu, dass 34.000 Menschen in Viernheim gut leben können, hervorragende Lebensverhältnisse vorfinden und wir für viele weitere Einpendler auch ein guter Arbeitsort sind.

Viernheim ist hochattraktiv, gerade wegen seiner Kompaktheit, alles ist auf kurzem Wege leicht erreichbar, die „Stadt der kurzen Wege“.

Die Industrie- und Handelskammer hat dies gerade jüngst mit ihrem Viernheim verliehenen Prädikat „Ausgezeichneter Wohnort“ bestätigt: "Viernheim erhält mit der Auszeichnung einen Beleg für seinen hohen Qualitätsstandard", so brachte es die IHK bei der Urkundenübergabe im HUFÄ zum Ausdruck. Das Prädikat ist ein gutes Zeugnis für unsere Stadt, es würdigt die vorhandene Innovationskraft, wie sie z.B. auch bei „Vermiete doch an die Stadt“ oder bei „PfiVV“ zum Ausdruck kommt, es anerkennt das Riesengebot an sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen. Und hat auch im Auge, dass Viernheim ein idealer Standort für Industrie und Gewerbe ist.

Ihnen in den kommenden Sitzungen nun eine interessante und gute Beratung dieses Haushaltsplanes für 2019 und in Richtung Kämmerei meinerseits ein Dankeschön für die Erstellung des Planes.“

Auszug: Kämmereiamt

2. Erhöhung der Hundesteuer

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 26.10.2018

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Dr. Ritterbusch berichtete, dass es eine lebhaftige Diskussion gegeben habe. Mehrheitlich sei der Vorschlag des Magistrats abgelehnt worden.

Stv. Kammer begründete anschließend den vorliegenden Änderungsantrag der FDP-Fraktion. Die FDP-Fraktion vertraue der Verwaltung und deren Vorschlag. Für die Erhöhung durch den Magistrat gebe es keinen realistischen Grund. Grundsätzlich sei man zwar gegen Bagatellsteuern, aber die Einnahmen seien im Haushalt eingeplant. In einem zweiten Schritt wolle man aber prüfen, ob diese Steuer überhaupt notwendig sei. Eine Idee sei es z.B., die Einnahmen durch die Steuer auf den Zuschussbedarf des Tierheims zu reduzieren.

Stv. Atris kritisierte, dass die Satzung seit 1995 nicht überarbeitet wurde. Die prozentuale Erhöhung sei zwar eklatant, in Summe seien es aber nur 1 – 2 € pro Monat mehr. Für die SPD sei es die zentrale Frage, ob die Steuer überhaupt notwendig sei. Man wolle die Steuer nicht erst erhöhen und dann prüfen, ob sie notwendig sei. Deshalb werde man eine Erhöhung ablehnen.

Stv. Kruhmann kündigte an, dass die CDU-Fraktion dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion folgen werde. Es sei ein Versäumnis der Verwaltung, die Satzung so lange nicht anzurühren. Die vorgeschlagene Erhöhung Sorge für Unverständnis. Er wunderte sich, dass bei den Schutzschirm-Diskussionen eine Anpassung nicht ins Auge gefasst wurde.

Ehrenstv. Winkenbach kündigte an, dass sich die Grünen nun dazu entschieden hätten, dem Antrag der FDP zu folgen. Man wolle Dampf aus der Diskussion nehmen und habe von Betroffenen vernommen, dass sie mit einer moderaten Erhöhung einverstanden seien. Man habe ursprünglich einen anderen Ansatz vertreten. Bei der Diskussion um die Erhöhung der Grundsteuer B sei man gegen die drastische Erhöhung gewesen. Aber man müsse die finanzielle Handlungsfreiheit der Stadt erhalten. Man könne nicht bzw. noch nicht auf Bagatellsteuern verzichten.

Stv. Benz sagte, dass die Stimmung emotional aufgeladen sei. Die UBV sei grundsätzlich gegen Steuererhöhungen, wenn dies machbar sei. Deshalb gebe es bei der Abstimmung auch keinen Fraktionszwang.

Stve. Altinalan sagte, dass der Vorschlag der Verwaltung eine 30 %ige Erhöhung vorgesehen habe. Der Magistrat habe dann um weitere 35 % erhöht. Sie wunderte sich, dass nun fast alle Parteien gegen die Erhöhung seien, obwohl deren Vertreter dies im Magistrat beschlossen hatten.

Es werde das Gefühl vermittelt, dass die Mehrheit der Parteien kein Interesse an den Belangen der Bürger habe. Hundebesitzer finden die Hundesteuer meist ungerecht. Auch eine 30%ige Erhöhung sei unakzeptabel. Man werde im kommenden Jahr eine Abschaffung der Steuer beantragen.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses habe der FDP-Vertreter geäußert, dass es „Wunschdenken“ sei, 1% der Summe an das Tierheim abzugeben.

Sie danke den Bürgerinnen und Bürgern, die sich gegen diese Ungerechtigkeit wehren.

Stv. Ergler sagte, dass er es in 20 Jahren als Stadtverordneter noch nicht erlebt habe, dass solche Behauptungen aufgestellt werden, um Bürgern zu imponieren. Die Behauptung, die Mehrheit der Parteien habe kein Interesse an den Belangen der Bürger, sei falsch. Auch die vermeintliche Aussage des FDP-Vertreters sei falsch wiedergegeben.

Stv. Bastian Kempf sagte, dass man in jeder Wortmeldung heute hören konnte, dass die Belange der Bürger den Stadtverordneten wichtig seien.

Bürgermeister Baaß stellte klar, dass es ein ganz normaler Vorgang im gut funktionierenden System der kommunalen Selbstverwaltung (Stadtverwaltung – Magistrat – Stadtverordneten-Versammlung) sei, dass die Verwaltung einen Vorschlag unterbrei-

te, dem der Magistrat dann zustimmen, den er ablehnen oder den er auch abändern könne. Den Stadtverordneten stehe es dann ebenfalls frei, wie sie sich entscheiden.

Beschluss:

Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt die beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Viernheim zum 01.01.2019 mit folgenden Änderungen:

§ 5 Absatz 1 hat nun folgenden Wortlaut:

(1) Die Steuer beträgt jährlich 48,00 Euro.

In § 5 Absatz 3 wird der Betrag „300,00 Euro“ durch „360,00 Euro“ ersetzt.

Abstimmung: 25 Ja-Stimme(n), 13 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 40 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss:

Es erfolgt künftig eine regelmäßige Anpassung der Steuersätze. Spätestens nach jeweils fünf Jahren werden die Steuersätze durch die Stadtverwaltung geprüft und eine mögliche Erhöhung den Stadtverordneten zur Abstimmung vorgelegt.

Abstimmung: Einstimmig, 2 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 40 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss:

Die Stadtverwaltung legt spätestens bis zur Sommerpause 2019 den Stadtverordneten eine Berechnung des Gesamtaufwandes für die Erhebung und Eintreibung der Hundesteuer vor.

Abstimmung: 39 Ja-Stimme(n), 1 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 40 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Kämmereiamt

3. Unbefristete Niederschlagung städtischer Forderungen

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 24.10.2018

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Dr. Ritterbusch berichtete, dass der Ausschuss einstimmig zugestimmt habe.

Beschluss:

Die Stadtverordneten-Versammlung stimmt der unbefristeten Niederschlagung diverser städtischer Forderungen in Höhe von 53.812,42 € zu.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 40 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Kämmereiamt

(neu) 4. Anfrage der CDU-Fraktion: Ausgabereiste Haushalt 2018

Bezug: Anfrage der CDU-Fraktion vom 25.10.2018

1. Bitte listen Sie diejenigen Haushaltsstellen auf, die für die Umsetzung der im März 2018 beschlossenen Umbaumaßnahmen am Königsacker in Höhe der Apotheke grundsätzlich zur Verfügung stehen bzw. die durch entsprechende Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung hierfür genutzt werden könnten.

2. Welche Restmittel standen unter diesen Haushaltsstellen jeweils zum 30.06. und 30.09. noch zur Verfügung?

1. Stadtrat Bolze beantwortete die Fragen wie folgt:

Alle Aufgabenstellungen der Stadt Viernheim werden im Rahmen der haushalterischen Finanzausstattung in sogenannten Produkten zusammengefasst.

Der Produktplan des Haushaltsplanes 2018 weist

im Teilhaushalt 12 :

den gleichnamigen und relevanten

Produktbereich 12 : Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

und dort das Produkt

12.5410.01: Unterhaltung Straßen, Wege und Plätze

aus.

Wie Sie am einfachsten dem Vorbericht auf Seite V 28 entnehmen können, stehen im Produkt 12.5410.01 beim dazugehörigen

Sachkonto 6165001 (Unterhaltung Straßen, Wege und Plätze)

-Haushaltsstelle -

im Haushalts-Jahr 2018 zur Verfügung: 650.000 €

Stand der verausgabten Mittel

auf dem Sachkonto 616500	zum 30.06.18	319.117 €
--------------------------	--------------	-----------

zuzüglich gebundene Mittel	Stand 30.06.18	110.000 €
----------------------------	----------------	-----------

verbleiben

(vermeintlich) verfügbare Mittel	zum 30.06.18	220.883 €
----------------------------------	--------------	-----------

Stand der verausgabten Mittel

auf dem Sachkonto 616500	zum 30.09.18	345.881 €
--------------------------	--------------	-----------

zuzüglich gebundene Mittel	Stand 30.09.18	422.000 €
----------------------------	----------------	-----------

verbleiben

(vermeintlich) verfügbare Mittel	zum 30.09.18	0 €
----------------------------------	--------------	-----

denn wenn Sie mitgerechnet haben

ist das Sachkonto 616500	zum 30.09.18	
--------------------------	--------------	--

bei verausgabten und gebundenen Mittel i.H.v.		767.881 €
---	--	-----------

mit 117.881 € über seinem eigentlichen Ansatz von 650.000 € belastet.

Die Deckung dieser 117.881 € starken Überbeanspruchung des Sachkontos 616500 erfolgt über das Budget des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung.

Gemäß §§ 4, 18, 19 und 20 GemHVO wurden auch im Haushaltsjahr 2018 alle Erträge und Aufwendungen, die von einem Verantwortungsbereich bewirtschaftet werden in sogenannten Budgetkreisen zusammengefasst.

Innerhalb eines Budgetkreises dürfen Mehrerträge für Mehraufwendungen des Budgetkreises verwendet werden.

Gleichzeitig sind die veranschlagten Aufwendungen innerhalb eines Budgetkreises für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Der Budgetkreis / Budgetring BR 09.5110.01 Amt für Stadtentwicklung und Umweltplanung umfasst:

auf der Ertragsseite 3 Produkte mit 10 Sachkonten und einer geplanten Einnahme i.H.v.		153.400 €
und bei den Aufwendungen 5 Produkte mit 26 Sachkonten und einem geplanten Haushaltsansatz i.H.v.		2.195.820 €

Stand der verausgabten Mittel

im Budgetring 09.5110.01	zum 30.06.18	970.323 €
zuzüglich gebundene Mittel	Stand 30.06.18	713.224 €
verbleiben		
(vermeintlich) verfügbare Mittel	zum 30.06.18	512.273 €

Stand der verausgabten Mittel

im Budgetring 09.5110.01	zum 30.09.18	1.237.294 €
zuzüglich gebundene Mittel	Stand 30.09.18	776.914 €
verbleiben		
(vermeintlich) verfügbare Mittel	zum 30.09.18	183.612 €

Stv. Ergler fragte, ob die verfügbaren Mittel in Höhe von 183.612 € fest verplant seien.

1. Stadtrat Bolze antwortete, dass zum 08.11.2018 113.482 € verfügbar seien. Die Budgetringe seien untereinander ebenfalls für deckungsfähig erklärt worden. Angesichts der Haushaltssituation sei die Realisierung der Maßnahme in diesem Jahr nicht machbar.

Auszug: ASU, Kämmereiamt

**(neu) 5. Antrag der CDU-Fraktion:
Beschlüsse umgehend umsetzen / Rückbaumaßnahmen am Königsacker, hier: Beschluss vom März 2018**

Bezug: Antrag der CDU-Fraktion vom 29.10.2018

Auf o.a. Antrag wird verwiesen.

Stv. Kruhmann sagte, dass man mit dem Antrag festhalten wolle, dass Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung - falls möglich - sofort umzusetzen seien. Nach dem Beschluss im März sei zunächst nichts passiert – auf Nachfrage sei dann das Argument gewesen, dass der SVD ausgelastet sei. Danach sei wieder nichts passiert. Dann sei in der letzten Sitzung das Haushalts-Argument auf den Tisch gekommen und die Behauptung, dass die Stadtverordneten-Versammlung nicht beschlossen habe, wann es umzusetzen sei.

Grundsätzlich sei man der Auffassung, dass Beschlüsse so bald als möglich umzusetzen seien oder unaufgefordert über Verzögerungen informiert werde.

Stv. Zöller-Helbig begann im Anschluss mit einer Stellungnahme. **Stv.-Vorsteher Schübeler** bat daraufhin, sich an das Thema des Antrages zu halten. Es gehe nicht um den Beschluss an sich – darüber sei bereits mehrfach diskutiert und auch entschieden worden - sondern um die zeitliche Umsetzung dessen.

Ehrenstv. Winkenbach sagte, dass es ein einmaliger Vorgang sei, dass eine Stadtverordnete in ihrer Wortäußerung gehindert werde. Tenor der Grünen sei es, dass es keinen Grund gebe, sich hier besonders zu beeilen, denn ein Antrag der Grünen sei beschlossen worden, die Verkehrssituation vor Ort zu überprüfen. Hier warte man noch auf Vorlage der Verwaltung.

Stv. Kruhmann sagte, dass es der Politik insgesamt schade, wenn immer wieder über Themen gesprochen, aber nichts umgesetzt werde.

Stv. Bastian Kempf erinnerte daran, dass sowohl er selbst als auch UBV-Fraktionsvorsitzender Benz klar gemacht hatten, dass man dem Grünen-Antrag zwar zustimme, diese Stelle aber explizit ausgenommen werde.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung konkretisiert auf ausdrücklichen Wunsch des Herrn Ersten Stadtrats ihren Beschluss vom März 2018 und fordert den Magistrat auf, den Beschluss unmittelbar umzusetzen.

Abstimmung: 25 Ja-Stimme(n), 4 Gegenstimme(n), 11 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 40 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU

(neu) 6. Antrag der CDU-Fraktion:

Einsetzung des Haupt- und Finanzausschusses als Wahlvorbereitungsausschuss gemäß § 42 HGO

Bezug: Antrag der CDU-Fraktion vom 29.10.2018

Auf o.a. Antrag wird verwiesen.

Stv. Kruhmann sagte, dass mit diesem Antrag der notwendige Prozess für eine Neuwahl eingeleitet werde. Man habe bereits vor der Kommunalwahl angekündigt, dass man eine Neuwahl anstrebe, da es inhaltliche Unterschiede gebe und man mit der Art und Weise der Umsetzung der Beschlüsse nicht einverstanden sei. Der Haupt- und Finanzausschuss soll mit dieser Aufgabe betraut werden.

Beschluss:

Hinsichtlich der in 2019 anstehenden Wahl des/der hauptamtlichen Ersten Stadtrats /Ersten Stadträtin überträgt die Viernheimer Stadtverordnetenversammlung die Auf-

gaben des Wahlvorbereitungsausschusses (§ 42 HGO) dem Haupt- und Finanzausschuss (Wirtschaftsförderung).

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 40 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Hauptamt

Stv. Ergler und Stadtrat Brinkmann verließen zu diesem TOP den Sitzungssaal

(neu) 7. Verleihung von Ehrenbezeichnungen an Mandatsträger

Bezug: Vorlage des Hauptamtes vom 28.09.2018

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Dr. Ritterbusch berichtete, dass der Ausschuss einstimmig zugestimmt habe.

Beschluss:

Es werden folgende Ehrenbezeichnungen verliehen:

Brinkmann, Gerd	Ehrenstadtrat
Ergler, Volker	Ehrenstadtverordneter

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 39 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Hauptamt

ENDE DER SITZUNG: 21:00 Uhr

Im Anschluss wurden zunächst die Landesehrenbriefe durch Landrat Engelhardt an Christoph Winkler, Tobias Weiße, Klaudia Forg, Jenny Dieter, Bastian Kempf und Richard Werle übergeben. Er würdigte die Verdienste der einzelnen zu Ehrenenden und sprach ihnen seine Glückwünsche und seinen Dank für das gezeigte Engagement aus. Die Ehrennadeln wurden den Geehrten von Stv.-Vorsteher Schübeler und Bürgermeister Baaß angesteckt.

Danach würdigte Stv.-Vorsteher Schübeler die Verdienste von Gerd Brinkmann und Volker Ergler und übergab ihnen die Ernennungsurkunden zum Ehrenstadtrat bzw. Ehrenstadtverordneten.

Anschließend übergaben Bürgermeister Baaß und Stv.-Vorsteher Schübeler Präsente der Stadt und luden zu einem Sektempfang ein.

DER STV.-VORSTEHER:

gez.: S c h ü b e l e r

Norbert Schübeler

DER SCHRIFTFÜHRER:

gez.: H a a s

Philipp Haas

F.d.R.d.A.

Amtmann

INHALTSVERZEICHNIS

1. Investitionsprogramm 2018-2022
Haushaltsplan 2019
2. Erhöhung der Hundesteuer
3. Unbefristete Niederschlagung städtischer Forderungen
- (neu) 4. Anfrage der CDU-Fraktion:
Ausgabereiste Haushalt 2018
- (neu) 5. Antrag der CDU-Fraktion:
Beschlüsse umgehend umsetzen / Rückbaumaßnahmen am Königsacker, hier: Beschluss vom März 2018
- (neu) 6. Antrag der CDU-Fraktion:
Einsetzung des Haupt- und Finanzausschusses als Wahlvorbereitungsausschuss gemäß § 42 HGO
- (neu) 7. Verleihung von Ehrenbezeichnungen an Mandatsträger